



MEDIENMITTEILUNG

Bern, 17. Juni 2022

Horizon Europe: Bundesrat soll Forschungsstandort Schweiz unterstützen

Der Bundesrat hat sich heute mit der Beziehung der Schweiz zur EU befasst, ohne entscheidende Schritte einzuleiten, um die Teilnahme der Schweiz am Forschungsprogramm «Horizon Europe» zu sichern. Die Städte sind darüber sehr besorgt: Der Bundesrat gefährdet damit gut dotierte Forschungsprojekte an Schweizer Unis und den ganzen Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz.

Die Universitäten in den Schweizer Städten geniessen international einen hervorragenden Ruf und sind global gut vernetzt. Ein wichtiger Faktor dafür sind Projekte, die aus dem EU-Forschungsprogramm «Horizon Europe» finanziert werden. Die Schweiz ist jedoch nach dem Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU nicht mehr vollwertiger Partner in diesem Programm. Die Folge: Zahlreiche Projekte werden nicht mehr von der EU finanziert, und weniger Schweizer Forschende sind an solchen Projekten beteiligt.

Damit büsst der Schweizer Forschungs-, Innovations- und damit auch der Wirtschaftsstandort massiv an Attraktivität und Reputation ein. Für die Schweizer Unis und deren Forscherinnen und Forscher ist der Ausschluss von «Horizon Europe» verheerend.

Abseitsstehen kommt die Schweiz teuer zu stehen

Für die Städte ist das Vorgehen des Bundesrates unverständlich. Sie fordern, dass er der EU ein Angebot macht, damit die Schweiz wieder als vollwertiger Partner an «Horizon Europe» teilnehmen kann. Ein Abseitsstehen können sich die Schweiz insgesamt und die Universitätsstädte im Besonderen nicht leisten.

Weitere Informationen:

- Kurt Fluri, Präsident des Schweizerischen Städteverbandes und Nationalrat: 079 415 58 88
- Martin Flügel, Direktor des Schweizerischen Städteverbandes: 079 743 90 05

Der Schweizerische Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.